

Kirchheim, den 24. Oktober 2018

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gemeinderatskolleginnen und -kollegen,

„Fette Jahre, große Sprünge“ – so wird der Haushalt des Landkreises Esslingen in der Presse beschrieben. Nicht ganz so bombastisch sieht die Einschätzung des Kirchheimer Haushaltsplans für die Jahre 2019 bis 2022 aus, aber immerhin auch mit der Superlative, dass es der beste Haushaltsplanentwurf ist, den Sie, Frau Oberbürgermeisterin, in den letzten 28 Jahren erlebt haben.

Es scheint aber auch so, dass ein noch so positiver städtischer Haushalt nicht ohne den erhobenen Zeigefinger auskommt, dass ein kommunaler Haushalt „... am Tropf einer sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung...“ hänge, dass „...plötzliche Konjunkturbrüche nicht verlässlich vorausgesagt werden können...“ und dass deshalb „...eine langfristige Bindung von Ausgaben auf hohem Niveau vermieden werden sollte...“ um sich „Spielräume“ zu bewahren.

Beste Einnahmesituation überhaupt, mit dem Wissen, dass wir in Kirchheim sehr viele und große Investitionen zu schultern haben und dann auf das mögliche Ende der guten wirtschaftlichen Zeiten hinweisen – das weckte in mir Erinnerungen an das großartige Werk „Per Anhalter durch die Galaxis“, in dem ein depressiver Roboter namens Marvin zwar Probleme aller Art lösen kann, um dann doch an allen Situationen etwas Negatives ausfindig zu machen.

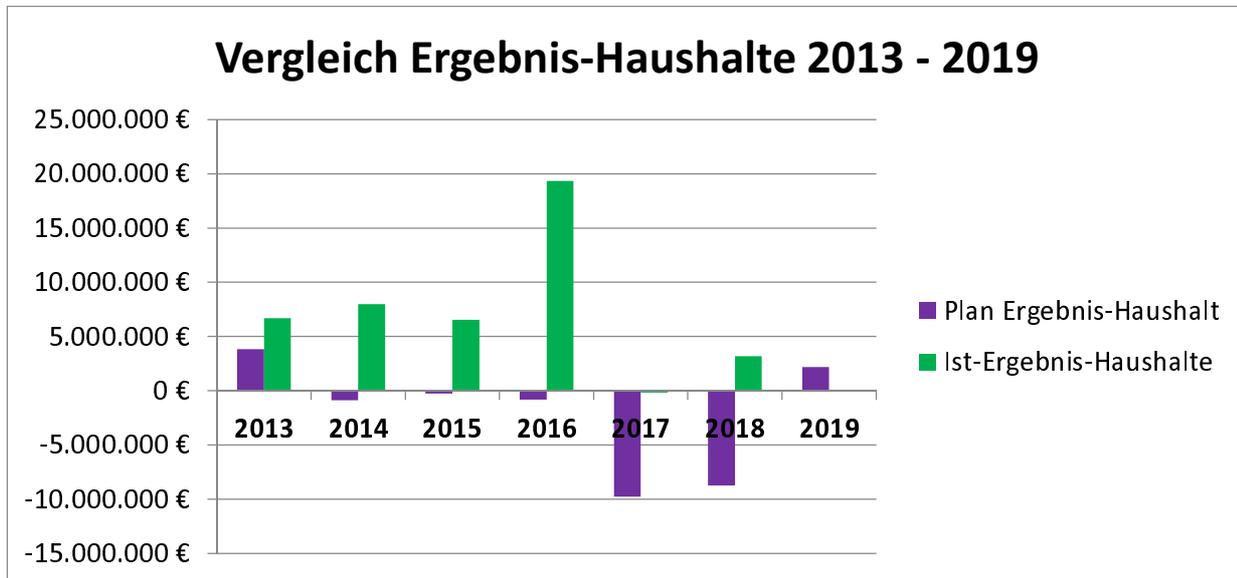
„Per Anhalter durch die Galaxis“ ist in diesem gleichnamigen Roman übrigens ein sogenanntes galaktisches Nachschlagewerk für die Reise durch das Universum. In diesem Sinne nehme ich Sie nun mit – per Anhalter durch den Haushalt sozusagen – auf eine Reise durch den Haushaltsplanentwurf der Stadt Kirchheim unter Teck.

Und nachdem wir die Rahmendaten für den Haushalt 2019 bereits gehört haben, könnte auf der ersten Seite unseres Haushaltsplans genau dasselbe stehen wie im galaktischen Reiseführer: nämlich die Worte „Keine Panik!“

Stellungnahme und Anträge zum Haushalt 2019

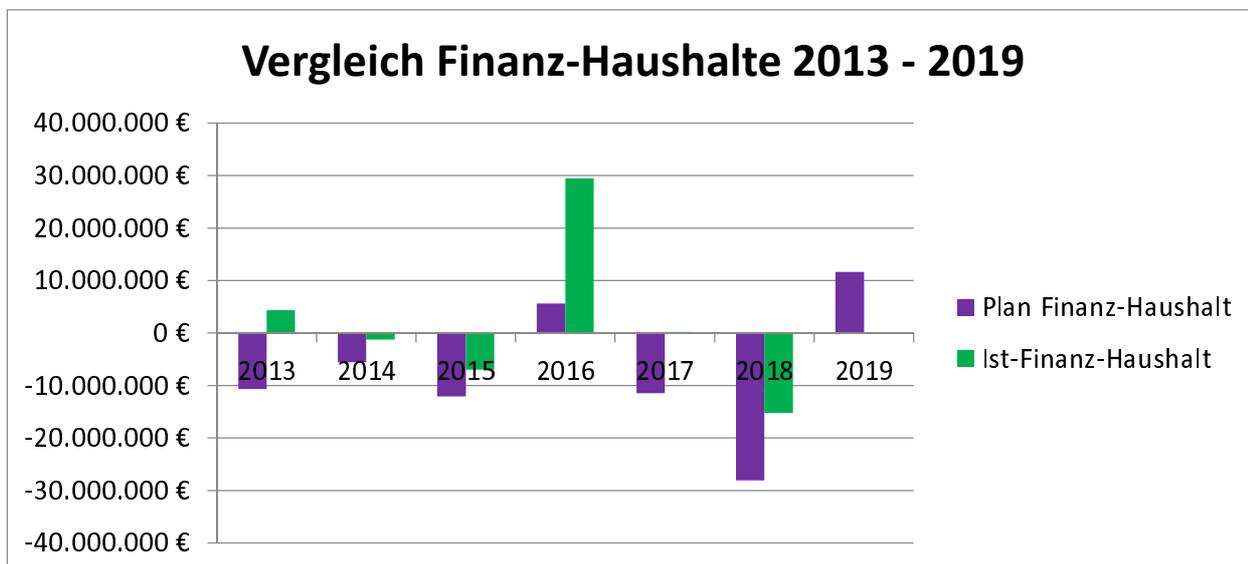
Haushaltsanalyse

Nach mittlerweile fünf abgeschlossenen Haushalten nach dem neuen kommunalen Haushaltsrecht lohnt sich aus unserer Sicht ein Blick auf das Geleistete.



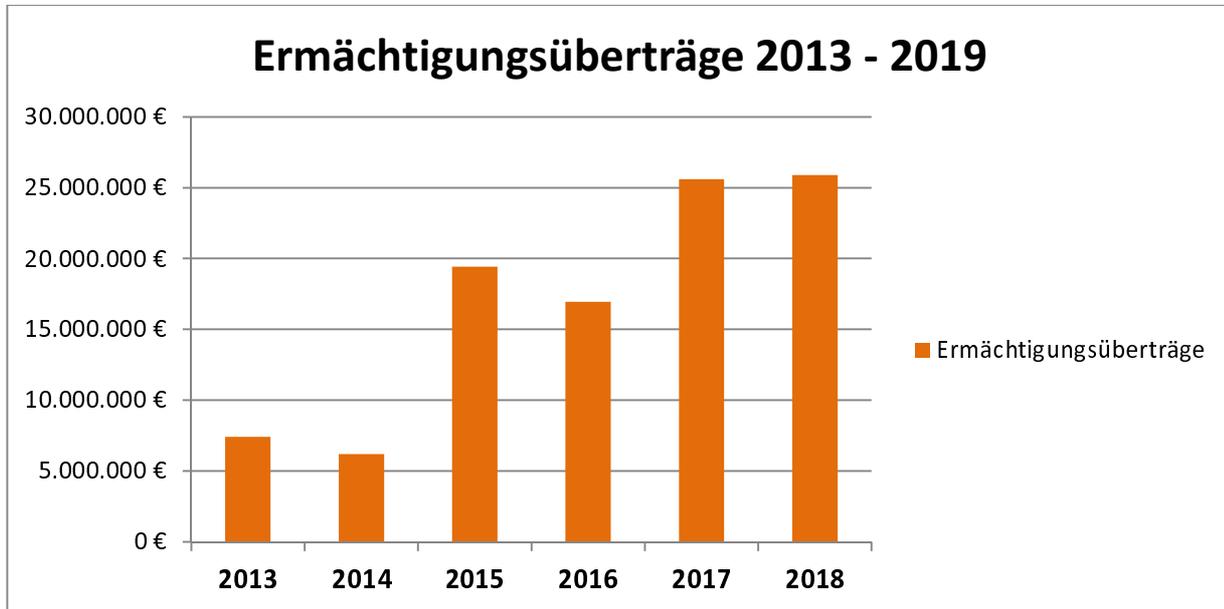
Dabei stellt sich heraus, dass in Summe die Differenz zwischen prognostizierten Ergebnissen und erzielten Ergebnissen bei 60 Mio € liegt – das Jahr 2018 mit seinem Finanzzwischenbericht ist dabei mit eingerechnet. Nimmt man alle Haushaltsplanaufstellungen für den Ergebnis-Haushalt ab 2013, dann hätten wir mit einem satten Minus von 16,6 Mio € zu kämpfen. Die erzielten Ergebnisse seit 2013 haben uns aber einen Handlungsspielraum in Höhe von 43,6 Mio € gegeben.

Die Deutung der reinen Zahlen des Finanzhaushalts ist dagegen um einiges schwieriger. Wir können zwar ein ähnliches Muster erkennen, dass wesentlich weniger Geld investiert werden konnte als geplant und somit die Differenz zwischen Plan und Ergebnis auch mehr als 60 Mio € beträgt:



Stellungnahme und Anträge zum Haushalt 2019

Jedoch bereiten uns in diesem Zusammenhang die mittlerweile exorbitanten Ermächtigungsüberträge in die nächsten Jahre – aktuell von über 25 Mio € – großes Kopfzerbrechen.



Aus unserer Sicht kann man hier nicht mehr von „passgenauen Planungen“ reden. Es scheint uns eher so, dass wir mittlerweile eine Bugwelle von bereits genehmigten Investitionen vor uns herschieben. Uns ist jedoch völlig unklar, mit welchem Aufwand es verbunden ist, diese Bugwelle abzubauen, so dass wir wieder einen „bereinigten“ Haushalt haben, aus dem ersichtlich wird, was wir uns finanziell leisten können und was die Verwaltung leisten kann.

Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben in Ihrer Rede in diesem Jahr nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Umsetzung von Maßnahmen neben den finanziellen Rahmenbedingungen nur unter Beachtung der personellen Ressourcen der Stadtverwaltung erfolgen kann. Mit Blick auf den Investitionsstau bitten wir die Verwaltung, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie wir Beschlossenes zeitnah umsetzen können und gleichzeitig notwendiges Neues beginnen.

Die Stadt Kirchheim besitzt gemäß Entwurf Ende des Jahres 2019 Rücklagen in Höhe von knapp 46 Mio €, was gleichbedeutend mit der Schuldenfreiheit der Stadt ist.

In den Worten des bereits erwähnten Werks „Per Anhalter durch die Galaxis“ haben wir also die Antwort auf die alles entscheidende Frage unserer Haushaltsbemühungen bereits gefunden: es ist die „schwarzen Null“, also ausgeglichene Ergebnishaushalte unter Erwirtschaftung der notwendigen Mittel für die Abschreibungen und die geplanten Investitionen. Die Zahlen zeigen deutlich: wir über-erfüllen dieses Ziel seit 2013 – nicht zuletzt aufgrund der fehlenden Leistungsfähigkeit beim Abarbeiten der beschlossenen Projekte!

Stellungnahme und Anträge zum Haushalt 2019

Aber ist die „schwarze Null“ tatsächlich das oberste Ziel ist, wenn wir zeitgleich einen Investitionsstau im städtischen Wohnungsbestand von über 11 Mio € aufweisen, wenn weitere notwendige Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur verschoben oder vorerst gar nicht angegangen werden und zeitgleich Großprojekte anstehen, wie das Verwaltungsgebäudekonzept oder die Überplanung des Linde-Areals? Müssen wir uns irgendwann die Frage stellen, was sind „gute Schulden“, was sind „schlechte Schulden“? Oder lautet eine Antwort, dass die Stadt weitere gesicherte Einnahmequellen im Bereich der Stadtwerke erschließen muss? Und natürlich müssen wir uns auch die Frage stellen, ob unsere Bürgerinnen und Bürger auch von der faktischen Schuldenfreiheit und der guten Haushaltslage profitieren dürfen.

Strategische Haushaltssteuerung

Neben den eben genannten Zahlen der doppischen Haushaltsführung, die wir seit Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts im Jahr 2013 vornehmen, möchte ich noch auf zwei Knackpunkte im Prozess der strategischen Haushaltssteuerung hinweisen.

Dabei möchte ich zunächst hervorheben, dass auch wir die strategische Planung als sehr zielführend anerkennen und wertschätzen, jedoch sehen wir noch Verbesserungspotenzial für Verwaltung und Gemeinderat in der praktischen Umsetzung.

Der erste Punkt bezieht sich auf die Verantwortlichkeiten der einzelnen Ebenen: Die Definition und Priorisierung der Handlungsfelder ist aus unserer Sicht im Verantwortungsbereich des Gemeinderats. Somit ist unserer Meinung nach auch die Formulierung der strategischen Ziele eine der wichtigsten Aufgaben des von der Bürgerschaft gewählten Gremiums. Die Übergabe der Verantwortung an die Verwaltung erfolgt durch die gemeinsame Formulierung von Leistungszielen von Gemeinderat und Verwaltung, die die Verwaltung schlussendlich in Maßnahmen umsetzt.

Momentan stellt sich uns die Situation so dar, dass noch nicht alles so gelebt wird wie beschrieben, es stellt sich uns auch die Frage, wie die weiteren Beteiligungsformate mit der Bürgerschaft besser einbezogen werden können. Deshalb stellen wir einen Antrag, die Verantwortlichkeiten und das Zusammenarbeitsmodell bei der Fortschreibung von Leistungszielen als ein Hauptthema auf der nächsten Klausur zu behandeln.

In diesem Zug müssen wir uns dann auch mit der Frage beschäftigen, welche Beteiligungsformate für Bürgerinnen und Bürger für die strategische Ausrichtung der Stadt Kirchheim relevant sind und wo wir gegebenenfalls Doppelstrukturen erschaffen haben.

Stellungnahme und Anträge zum Haushalt 2019

Der Zukunftsdialog ist in der strategischen Planung verankert. Sinnbildlich erscheint uns das damals gewählte Titelbild des Menschen mit dem Fernglas – dieser sucht aktuell nicht nur danach, wie wir 2030 zusammen leben wollen, sondern er sucht auch einen Weg, wie die vielen Beteiligungsformate koordiniert werden können. Denn eines muss uns klar sein: Wenn wir Bürgerinnen und Bürgern einladen um mitzugestalten, die Ergebnisse dann aber im Sand verlaufen und nicht zeitnah aufgegriffen werden, dann erzeugt dies Frustration und führt zur Abkehr von bürgerschaftlichem Engagement!

Was uns besonders wichtig ist: bitte lassen Sie uns dies gemeinsam entwickeln und legen Sie bitte nicht ein bereits vorgefertigtes Modell zur Abstimmung, denn hierbei handelt es sich um die Grundlage der gemeinderätlichen Arbeit und Verantwortung, die von diesem auch mit bestimmt werden können muss.

Die SPD-Fraktion sieht neben den Themen-bezogenen Beteiligungsformaten aktuell den größten Bedarf bei der Weiterentwicklung von Nachbarschaftsnetzwerken zur Stärkung des Gemeinwesens. Um den Quartiersgedanken weiter zu etablieren, bitten wir die Verwaltung um ein Konzept zur Etablierung weiterer Nachbarschaftsnetzwerke in Kirchheimer Stadtteilen.

Der Steuerungskreislauf

Für den zweiten Punkt, den wir im Rahmen der strategischen Haushaltssteuerung für verbesserungswürdig erachten, möchte ich den Blick auf das Schema des Steuerungskreislaufs richten: dieser ist unserer Meinung nach noch immer nicht vollständig umgesetzt, wenn wir auf die Elemente Evaluation und Aktualisierung schauen.

Wir erkennen bisher keine Mechanismen zum Gegensteuern, sollten Maßnahmen hinsichtlich finanzieller oder menschlicher Ressourcen Abweichungen aufweisen und somit teurer oder später fertig werden.

Beispiele dazu finden wir auch im Haushaltsplan 2019 viele – ich möchte jedoch ein prägnantes herausgreifen, nämlich die Sanierung des Technischen Zentrums. Wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen gemeinsam beschlossen, Mittel zur Verfügung zu stellen, damit das Technische Zentrum im Jahr 2020 saniert ist. Alleine aus dem Haushaltsplan konnten wir nun entnehmen: geringe Preissteigerung und Verschiebung des Abschlusses der Maßnahme um zwei Jahre. Mir stellen sich drei Fragen:

1. Welche Ereignisse haben dazu geführt, dass das Projekt nun doch länger dauern soll?
2. Was würden Sie in der Verwaltung denn nun eigentlich tun, wenn der Gemeinderat beschließt: das akzeptieren wir so nicht, wir wollen, dass das Technische Zentrum Ende 2020 fertiggestellt ist?
3. Darauf aufbauend vielleicht die weitreichendste Frage: was sind eigentlich unsere Haushaltsberatungen wert, wenn wir nicht zeitnah darüber informiert werden, wenn sich Änderungen ergeben?

Stellungnahme und Anträge zum Haushalt 2019

Aus unserer Sicht fehlt in unserem Steuerungskreislauf das kontrollierende Element, das Korrekturen vornimmt, um ermittelte Abweichungen zu korrigieren. Um den Gemeinderat über relevante Abweichungen zu informieren, fehlt darüber hinaus eine Berichterstattung, wenn ein unverhofftes Ereignis zu Änderungen im geplanten Ablauf führen.

Es ist uns klar, dass dies Auswirkungen auf die Arbeitsweise sowohl von Verwaltung als auch von Gemeinderat haben kann. Die Verwaltung muss sich fragen, in welcher Form und ab welchem Ausmaß der Gemeinderat über Änderungen informiert werden soll – und der Gemeinderat muss für sich festlegen, wie intensiv er über die Projekte informiert werden will. Wir können auch alles so weiterlaufen lassen wie bisher – nur bitten wir dann darum, es nicht mehr Steuerungskreislauf zu nennen, denn das ist es nicht, wie wir bisher die Maßnahmen abarbeiten.

Dieser Themenkomplex sollte unserer Meinung nach ebenfalls auf der nächsten Klausurtagung besprochen werden.

Rückblick Unwetterereignis am 11. Juni 2018

Nachdem ich gerade eben das Beispiel des Technischen Zentrums gewählt habe, möchte ich an dieser Stelle nicht versäumen, mich im Namen der SPD-Fraktion nochmals ausdrücklich bei allen Helferinnen und Helfern zu bedanken, die - nicht nur – am 11. Juni in unermüdlichem Einsatz versucht haben, Schaden von unserer Bevölkerung zu nehmen bzw. diesen zu lindern: herzlichen Dank!

Nun aber zu den Handlungsfeldern unserer strategischen Haushaltssteuerung:

Handlungsfeld Bildung

Bildung ist ein Menschenrecht! Um jedem Kind den Zugang zu Bildung zu garantieren und Chancengleichheit im weiteren Lebensverlauf eines jeden Menschen zu ermöglichen, ist das Handlungsfeld Bildung seit Beginn der strategischen Haushaltssteuerung auf Platz 1. Wir haben sehr viel auf den Weg gebracht in den letzten Jahren, wie man an den Fotos bzw. den Stichworten in der Präsentation sehen kann, um als Schulträger unserer Verantwortung nachzukommen. Jedoch gibt es noch sehr viele Maßnahmen, die wir umsetzen müssen, um optimale Bildungschancen für alle unsere Kinder und Jugendlichen bereitzustellen.

Zuallererst natürlich: Worten Taten folgen lassen: wenn für uns alle hier die Kindergartenzeit tatsächlich eine Bildungszeit ist, ist es folgerichtig, Beitragsfreiheit im Kindergarten einzuführen. Um die bildungsbiographischen Übergänge abzusichern, ist die Etablierung von Bildungshäusern wichtig. Große Zukunftsaufgaben erwarten uns im Bereich der Digitalisierung und damit zeitgemäß ausgestatteten Schulen. Aber auch infrastrukturelle Maßnahmen wie sichere Schulwege und die Medienversorgung für das Erlernen des Umgangs mit digitalen Medien werden uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen. Hier hoffen wir auf baldigen Geldsegen des Bundes.

Und wenn es einigen auch schwerfällt: der Brandschutz an Schulen ist für uns Sozialdemokraten ebenso unverhandelbar wie die Bereitstellung von wohnortnahen Kita- und Grundschul-Plätzen.

Handlungsfeld Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht! Ein „Zuhause zu haben“ ist unserer Meinung nach ein Grundpfeiler für sozialen Zusammenhalt! Deshalb hat der Gemeinderat im März 2017 das Handlungsfeld Wohnen neben Bildung auf Platz 1 der strategischen Haushaltssteuerung gehoben.

Wir können bereits Erfolge vorweisen – und ich möchte an dieser Stelle sagen „unter tatkräftiger Initiative und Mitarbeit der SPD-Fraktion“. Der Erfolg der SPD ist sicherlich die Etablierung der Sozialbauverpflichtung nach den Richtlinien des Landeswohnraumfördergesetzes in Zusammenhang mit einem qualifizierten Mietspiegel und die Konzeptvergaben bei städtischen Grundstücken. Diese Maßnahmen bedeuten ein wirksames Instrument, um bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen – und zwar auch in Wohngebieten, in denen man das nicht für möglich gehalten hat:

Es sind mittlerweile über 100 Wohnungen, die in den neu entstehenden Wohngebieten in Kirchheim für Menschen mit Berechtigungsschein zur Verfügung gestellt werden – Tendenz steigend.

Wir sind aber auch überzeugt, dass dies beileibe nicht genügend Maßnahmen sind, die wir von kommunaler Seite aus ergreifen müssen, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Zuallererst sei hier das Thema „Städtischer Eigenbetrieb Wohnbau“ angesprochen. Der Grundsatzbeschluss aus dem März 2017 ist noch immer nicht umgesetzt. Die Argumentation, dass zu wenig Personal in den betroffenen Sachgebieten zur Verfügung steht, ist das beste Argument dafür, einen Eigenbetrieb zu gründen, der sich nicht nur um die annähernd 300 städtischen Wohnungen kümmert, sondern der sich vor allen Dingen darum kümmert, selbst Wohnungen zu bauen und an den Markt zu bringen. Die SPD-Fraktion ist überzeugt: nur wenn die Stadt selbst mehr Wohnungen an den Markt bringt, kann in dem Segment des bezahlbaren Wohnraums eine spürbare Entlastung erzielt werden. Deshalb fordern wir ein ganzes Maßnahmenbündel, das unter anderem auch ein Budget für strategischen Grunderwerb beinhaltet und die Möglichkeit enthält, Wohnungen bzw. Häuser in Zahlung zu nehmen und im Gegenzug den bisherigen Bewohnern bedarfsgerechten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Natürlich werden wir uns im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Flächennutzungsplans darüber unterhalten müssen, in welchem Maß wir zusätzliche Flächen für Wohnbau zur Verfügung stellen. Eines scheint sicher: allein die Nachverdichtung reicht nicht aus, wenn wir den Charakter einzelner Wohnviertel nicht komplett verändern wollen. Die SPD-Fraktion beteiligt sich weiterhin intensiv an diesen Diskussionen.

Baumaßnahmen

Bei unserer Veranstaltung zum Thema „Wohnen in Kirchheim“ hat uns die Einschätzung eines Diakonie-Vertreters nachdenklich gemacht, dass aktuell auf dem Wohnungsmarkt die Schwächsten gegeneinander um Wohnraum konkurrieren und vom Staat alleine gelassen werden. Unser Plädoyer: Lassen wir es in Kirchheim nicht so weit kommen und begreifen endlich die Umgestaltung der Reutlinger Straße als eine Riesen-Chance für die städtebauliche Weiterentwicklung und die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum! Bei Konzeptvergaben haben wir als Kriterium immer den Nutzen für die Stadtgesellschaft im Blick. Wir von der SPD-Fraktion sind überzeugt, dass wir hier an der Reutlinger Straße einen ebenso großen Mehrwert für die Stadtgesellschaft erzielen können wie im Steingau-Areal!

Handlungsfeld Mobilität, Transportnetze und Verkehr

Mobilität ist ein Menschenrecht! Mobilität ist eine Voraussetzung für Inklusion, Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe. Die Fragen „Wie gelangen Menschen zu ihrer Wohnung, ihrem Arbeitsplatz, Schulen, Geschäfte, Arztpraxen und alle anderen Orte des gesellschaftlichen Lebens?“ wurde über Jahrzehnte in einem gesellschaftlichen Mehrheitskonsens damit beantwortet, dass ein eigenes Automobil die Lösung darstellt, um jedwede Wegstrecke zurücklegen zu können. Wir wissen zwar, dass dies bezüglich Klimaschutzziele und Gesundheit schädlich ist und wir sehen die zugeparkten Stadtviertel und leiden unter täglichen Staus, aber alleine wenn wir uns an eine unserer Hauptstraßen in Kirchheim stellen, ist zu diagnostizieren: das individuelle Mobilitätsverhalten hat sich bisher noch nicht verändert. Diesen Trend umzukehren, wird unserer Meinung nach genauso lange dauern, wie wir das Automobil als DAS Verkehrsmittel schlechthin gesehen und gefördert haben. Aber wir können etwas dazu beitragen, die Alternativen zum Automobil attraktiver zu machen. Den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel.

Um den ÖPNV in Kirchheim zu stärken, hat die SPD-Fraktion in der letzten Sitzungsrunde bereits einen Antrag eingereicht, um mit dem VVS Verhandlungen zu führen für ein vergünstigtes Ticket für den Kirchheimer Bedarf. Dass hierbei neben dem verbilligten Ticket auch noch die Punkte „erreichbar“, „häufig“, „verlässlich“ und „sicher“ eine Rolle spielen, ist für uns klar – diese müssen in die Diskussion zusätzlich zum finanziellen Aspekt auf jeden Fall mit eingebracht werden!

Neben dem stadt-internen Verkehr haben wir aber auch die Verbesserung des regionalen öffentlichen Nahverkehrs im Blick. Wir beauftragen die Stadt, sich intensiv einzubringen in die Verhandlungen zur Realisierung einer S-Bahn-Verbindung von Kirchheim über Wendlingen auf die Fildern bis an den Flughafen und dann weiter bis Herrenberg.

Um schließlich den regionalen und den städtischen ÖPNV miteinander optimal zu synchronisieren, muss als Bindeglied unser Kirchheimer Bahnhof inklusive Busbahnhof als zukünftige „Mobilitätsdrehscheibe“ neu konzipiert werden. Hierfür sind Planungsmittel bereitzustellen.

Handlungsfeld Wirtschaftsförderung

Industrie4.0, das Internet der Dinge, das schwäbische Silicon Valley: allenthalben ist die Industrie, die Arbeits- und Lebenswelt in Aufbruchstimmung – teils aus eigenem Antrieb, teils werden Unternehmen gezwungen, das rasante Tempo der Digitalisierung mitzugehen. Deshalb war es wichtig, dass sich auch die Stadt Kirchheim aufgemacht hat, um eine Digitalisierungsstrategie auszuarbeiten und dass sie dem Zweckverband Breitbandausbau beigetreten ist. Allein der Zeithorizont bis 2030 lässt uns daran zweifeln, dass wir mit den eingeschlagenen Maßnahmen mit dem technischen Fortschritt mithalten können.

Im Bereich der Digitalisierung sind die Anforderungen der 3 Wirtschaftsbereiche „Produzierendes Gewerbe“, „Handel, Verkehr und Gastgewerbe“ und „sonstige Dienstleistungen“ mehr oder wenig gleich.

Anders sieht es bei Branchen-spezifischen Bedarfen aus: wir sind uns nicht sicher, ob die personelle Ausstattung innerhalb der Stadtverwaltung ausreicht, um den steigenden Betreuungsbedarf der ansässigen Betriebe zu gewährleisten. Hier bitten wir die Verwaltung um einen Sachstandsbericht.

Von weitreichender Bedeutung wird die Ausweisung neuer Gewerbegebiete in Kirchheim sein. Sei es in der Au oder der mögliche regionale Gewerbeschwerpunkt am Hungerberg. Zusammen mit den Erkenntnissen des Gewerbeflächenentwicklungskonzepts müssen wir uns intensiv mit der Frage beschäftigen, wie viel Ressourcen wir neben dem Wohnen für Gewerbeflächen noch zur Verfügung haben und wie Gewerbeflächen in Zeiten der Digitalisierung zukünftig aussehen werden. Das Thema bleibt für Kirchheim von überragender Bedeutung, wenn man die Wichtigkeit der Gewerbesteuererinnahmen betrachtet.

Handlungsfeld Sport, Gesundheit und Erholung

Zum Handlungsfeld „Sport, Gesundheit und Erholung“ hätten wir uns eigentlich notwendige Informationen im Rahmen der Sport-Klausurtagung auf dem Kanzelwandhaus erhofft. Leider ist kurzfristig der Geist der Kanzelwand ausgeflogen und lässt uns ein wenig ratlos zurück, wie es denn mit dem Stadtverband für Leibesübungen im Allgemeinen und den Klausurtagungen zu Kirchheimer Sportthemen im Besonderen weitergeht.

Aufgrund der guten Haushaltslage der Stadt in 2019 stellt die SPD-Fraktion den Antrag, die Betriebskostenbeteiligung für Vereine auszusetzen – sowohl im Bereich Sport, als auch im Bereich Kultur.

Natürlich sind auch ohne die Kanzelwandhaustagung dringliche Aufgaben im Bereich der Sportstätten zu lösen: Sanierung, Neubauten, Stilllegungen sind zu prüfen und auf den Weg zu bringen. Auch gibt es Fragen zur Förderung von Großprojekten, die bisher nicht im Förderkonzept enthalten sind.

Stellungnahme und Anträge zum Haushalt 2019

Man sieht: die Durchführung einer Klausurtagung über die Themen des Kirchheimer Sports ist notwendig, ein nochmaliges Verschieben der Themen für das Handlungsfeld Sport, Gesundheit und Erholung ist nicht zielführend, zumal wir uns intensiv auch mit der Fragestellung beschäftigen müssen, welche kommunalen Akzente wir in den Bereichen Gesundheit und Erholung setzen wollen.

Beim Thema „Hallenbad“ lässt die SPD-Fraktion ebenfalls nicht locker: wir mussten zwar zähneknirschend den Kooperationsvertrag mit Dettingen bis ins Jahr 2030 mittragen, um überhaupt Schwimm-Möglichkeiten in den Wintermonaten in Kirchheim und Umgebung anbieten zu können, jedoch zeigt uns die Vorgehensweise bei den anstehenden hohen Investitionstätigkeiten: die Kommunikation mit Dettingen ist schlecht, Kirchheim bezahlt drei Viertel der Kosten. Aus unserer Sicht kann das so nicht weitergehen, weshalb wir den Antrag stellen, bereits im Haushaltsplanungszeitraum ab 2020 Mittel für die Planung eines Kirchheimer Hallenbads einzustellen. Bei jetzigen Investitionskosten von über 2 Millionen Euro ist es doch keiner Bürgerin und keinem Bürger mehr vermittelbar, warum es in Kirchheim kein Hallenbad geben kann.

Handlungsfeld Kultur

Ähnlich wie im Bereich Sport, beantragt die SPD-Fraktion auch im Handlungsfeld Kultur eine Analyse über bestehende und möglicherweise noch fehlende Räumlichkeiten für Veranstaltungen unterschiedlichster Art und Größe. Ein aktualisiertes städtisches Hallenkonzept muss aus unserer Sicht auch den Stellenwert der Stadthalle untersuchen. Darüber hinaus bietet sich durch die Neukonzeption des Kornhauses die Möglichkeit an, hier einen multifunktionalen Raum auszuweisen, der vielfältig genutzt werden kann. Wir hoffen, dass es uns gelingt, das schon jetzt reichhaltige kulturelle Angebot in der Stadt zu erhalten und Möglichkeiten zu schaffen, dass dieses auch noch ausgebaut werden kann.

Abschluss

Meine sehr geehrten Damen und Herren – in 15 Minuten per Anhalter durch den Haushalt zu kommen ist eine galaktische Aufgabe.

Zum Abschluss gilt unser Dank Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin und den Herren Bürgermeister, für die gute Zusammenarbeit. Dies ist stellvertretend für die gesamte Verwaltung für ihren fleißigen und steten Einsatz für unsere Stadt. Explizit möchten wir einen Dank an den Haushälter Herrn Kaiser für die Erstellung des Haushalts aussprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mir auch weiterhin ein Vergnügen mit Ihnen durch ferne und manchmal unergründliche Galaxien zu reiten.

Ich danke für das kollegiale miteinander und für Ihre Aufmerksamkeit.

Marc Eisenmann

für die SPD-Gemeinderatsfraktion Kirchheim unter Teck

Anträge der SPD Fraktion für den Haushalt 2019

1. Weiterentwicklung der strategischen Haushaltssteuerung

Antrag 1.1: Die Stadtverwaltung soll aufzeigen, wie sie ein effizientes Projektmanagement für die in den Haushaltsplanungen beschlossenen Projekte etablieren will, so dass bei identifizierten Ereignissen, die zu Planungsänderungen führen könnten, schnell und gezielt entgegengesteuert und berichtet werden kann. Dieses Projektmanagement soll bereits in 2019 zur Geltung kommen.

Antrag 1.2: Aufnahme in die nächste Gemeinderatsklausur 2019 als ein Hauptthema: gemeinsames Verständnis entwickeln zwischen Gemeinderat und Verwaltung, wie die Verantwortlichkeiten, das Zusammenarbeitsmodell bei der Fortschreibung von Leistungszielen aussehen kann, insbesondere auch unter Einbeziehung der weiteren Beteiligungsformate mit der Bürgerschaft. Sollten aktuelle Betrachtungen zum Einbinden von Zukunftsdialog, Fachforen, Bürgerforen,... noch vor der nächsten Gemeinderatsklausur weitergeführt werden, so ist der Gemeinderat mit einzubinden, über reine Information hinaus.

Antrag 1.3: Wir beantragen, dass zukünftig über die Tagesordnung des Gestaltungsbeirats in der jeweiligen Sitzung davor im Gemeinderat informiert wird, da viele Themen von strategischer Bedeutung für die Stadt sind und der Gestaltungsbeirat noch nicht zielgerichtet in die Gremienarbeit eingebunden ist. Demzufolge soll auch in der Gemeinderats-Sitzungsrunde nach dem Gestaltungsbeirat über relevante Inhalte informiert werden.

2. Anträge zur strategischen Ausrichtung der Stadtwerke

Antrag 2.1:

Basierend auf den Ergebnissen des Workshops „Strategie Stadtwerke“ soll die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken bereits jetzt für das Jahr 2019 die Grundlage für die Erweiterung bestehender Geschäftsfelder und die Gründung von weiteren Geschäftsfeldern bei den Stadtwerken legen, einhergehend mit einem sinnvollen Stellenplan bzw. Stellenausbau.

- Ideen aus den Strategie-Gesprächen sollen zeitnah umgesetzt werden
- Ermittlung, ob das Angebot der bestehenden Betriebszweige für Nachbarkommunen attraktiv ist
- Digitale Infrastruktur: Gewährleistung bzw. Herstellung der Breitbandversorgung im gesamten Stadtgebiet durch eigenen Ausbau des Netzes
- Angebot eines eigenen Strom-Labels als Einstieg in die eigene Stromerzeugung

Antrag 2.2: Überführung der Stadtwerke in einen steuerlichen Querverbund

3. Anträge zum Handlungsfeld Bildung

Antrag 3.1: Die Verwaltung soll aufzeigen, wie in Kindergärten, die aus Kapazitätsgründen keine Kinder mehr aufnehmen können, weitere Kindergartenplätze kurzfristig wohnortsnah zur Verfügung gestellt werden können, getreu dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“.

Vorrangig ist insbesondere die schwierige Situation in Jesingen und Nabern zu lösen.

Antrag 3.2: Aktualisierung der Darstellung der Bedarfsanmeldungen zum Sozialpass im Bereich Ermäßigung Kindergartengebühren. Falls die fachliche Bewertung zeigt, dass die Nutzung gering ist, soll die Verwaltung die Gründe einer geringen Nachfrage darlegen und eine wirksameres Konzept bzw. wirksamere Einkommensgrenzen darlegen.

Antrag 3.3: 2019 wird das Gute-Kita-Gesetz in Kraft treten und es sollen einzelne Verträge mit den Ländern geschlossen werden. Das bedeutet mehr Qualität in den Kitas und weniger Gebühren. Wir beantragen, dass die Verwaltung sich schon frühzeitig um Vergabebedingungen und Antragsverfahren bemüht, um an entsprechende Fördermittel zu kommen. Wenn es für Baden-Württemberg mehrere Fördermöglichkeiten gibt, soll der Gemeinderat frühzeitig mit einbezogen werden. Die Priorität der SPD-Fraktion ist – wie seit Jahren reklamiert – die Gebührenfreiheit für Kindertageseinrichtungen.

Antrag 3.4: Versorgung aller Kirchheimer Schulen (in der Priorität weiterführende Schulen, dann Grundschulen) mit schnellem Internet = Sicherstellen der Breitbandversorgung zum Schuljahr 2019/20.

Antrag 3.5: Darstellung der Verwaltung zum Stand der Umsetzung des Medienentwicklungsplans. Wie ist der Stand der einzelnen Umsetzungsziele? Vor allem das Erreichen des Zieles von vollvernetzten Schulen zum Schuljahr 19/20 und Ausstattung der Schulen mit ausreichenden Endgeräten für Klassen und Lehrkräfte sowie digitalen Präsentationsmöglichkeiten. Einrichtung eines halbjährigen Jour Fixe mit Schulleitern und Gemeinderatsvertretern zum Thema Digitalisierung und Medienentwicklungsplan.

Antrag 3.6: Die Stadtverwaltung soll Schulwege hinsichtlich Verkehrs-Sicherheit für Schülerinnen und Schüler ertüchtigen und aufzeigen, wie die gefährlichen Stellen an Schulwegen (v.a. die Schulwege in Ötlingen, Teck-Grundschule und Nabern) generell zu einem fahrradfreundlichen Radwegenetz ausgebaut werden können. Weiterhin soll eine kommunale Aufklärungskampagne zu den überhandnehmenden Elterntaxis zum nächsten Schuljahr starten, damit die Schul Rushhour beendet werden und wieder eine vernünftige Verkehrserziehung erfolgen kann.

Antrag 3.7: Das Land Baden-Württemberg plant, Mittel für eine flexiblere Betreuungsausgestaltung zur Verfügung zu stellen. Auch wenn wir Doppelstrukturen von rhythmisiertem Ganztag und Nachmittagsbetreuung für pädagogisch nicht zielführend erachten, ist uns der Elternwunsch diesbezüglich wichtig. Wir bitten deshalb die Verwaltung um frühzeitige Antragsstellung auf Mittelzuweisung beim Land, speziell für Familien, die ihr Kind in der Grundschule lediglich bis 13.00 Uhr / 13.30 Uhr an der Schule betreut haben wollen, da dies von städtischer Seite nicht geleistet werden kann.

Antrag 3.8: Sofortiger Umbau des NWT/Bioraumes und Instandsetzung der Lüftungsanlage im Block A des Ludwig-Uhland Gymnasiums. Hierfür sind Planungs- und Realisierungsmittel im Haushaltsplan einzustellen.

Antrag 3.9: Wiederholung des Antrages aus dem letzten Jahr: Die Verwaltung wird gebeten darzulegen, wie die Schulen in Kirchheim bzgl. einwirkenden Krisensituationen aufgestellt sind (Flucht- und Rettungspläne, Amokalarmierung, Übungen, Zusammenarbeit mit Polizei und Feuerwehr, Kartenmaterial). Schwerpunkt soll sein, was der Schulträger zu leisten hat. Die SPD wartet nun seit einem Jahr und legt deswegen Wert auf Auskunft in den nächsten Sitzungsrunden bezüglich des aktuellen Standes von Kartenmaterial der einzelnen Schulen.

Antrag 3.10: Antrag auf Einstellung von 4000 Euro für eine spezialisierte Fachberatungsstelle zur Beratung und Begleitung einer Kirchheimer Schule zum Präventionskonzept Schutz Macht Schule gegen sexuelle Gewalt an Schulen.

4. Anträge zum Handlungsfeld „Wohnen“

Antrag 4.1: Wir beantragen die Umsetzung eines im März 2017 gefassten Gemeinderats-Beschlusses zur Überführung des städtischen Wohnungsbestands in einen Eigenbetrieb im Haushaltsjahr 2019.

Antrag 4.2: Die Stadt Kirchheim soll mindestens ein Grundstück auf einem der noch nicht vergebenen Baufelder im Steingau-Areal behalten und selbst bebauen (ggfs. bebauen lassen und die entstehenden Wohnungen in ihrem Besitz behalten). Neben der Erstellung von bezahlbarem Wohnraum ist auch die Bereitstellung von Räumlichkeiten für gemeinnützige Interessen (Kindertageseinrichtungen,...) denkbar. Diese Vorgehensweise soll auf weiteren Arealen wie z.B. Güterbahnhof und Schafhof IV ebenfalls umgesetzt werden.

Antrag 4.3: Wir beantragen, dass die Erlöse aus dem Grundstücksverkauf des Steingau-Areals in städtischen Wohnungsbau eingesetzt werden.

Antrag 4.4: Wir beantragen, dass im städtischen Haushalt ein Budget für strategischen Grunderwerb zur Verfügung steht und dass dieses Budget zum Kauf von Grundstücken für den Wohnungsbau eingesetzt wird. (aktuelle Rücklagen von ca. 45 Mio €).

Antrag 4.5: Wir beantragen, dass städtische Flächen an Investoren bzw. Wohnbaugenossenschaften in Erbpacht vergeben werden, damit die Stadt Kirchheim nicht Gefahr läuft, bald keinen eigenen wertvollen Grund und Boden mehr zu besitzen und in punkto Nachhaltigkeit auch weiterhin entscheidungsfähig bleibt, wie es mit den entsprechenden Grundstücken weitergeht, sollte die Erbpacht auslaufen.

Antrag 4.6: Wir beantragen die sofortige Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses zur Reutlinger Straße: konzeptuelle Überarbeitung des Areals Reutlinger Straße. Ziel muss es sein, die bisherige Struktur aufzulösen und neuen bzw. mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Antrag 4.7: Nach Wegfall Galgenberg als neues Wohngebiet: Wir beantragen zu überprüfen, ob und wie sich die Stadt an der IBA 2027 beteiligen kann.

5. Anträge zum Handlungsfeld Wirtschaftsförderung

Antrag 5.1: Wir beantragen, dass die Stadt Kirchheim den Breitbandausbau mindestens an den Stellen selbst in die Hand nimmt, an denen der nun abgeschlossene Rahmenvertrag eine Umsetzung erst bis Ende des nächsten Jahrzehnts vorsieht. Insbesondere soll die Stadt eruieren, ob ein Breitbandausbau und das zur Verfügung stellen des Netzes auch ein Betriebszweig der Stadtwerke werden kann.

Antrag 5.2: Die Stadtverwaltung soll aufzeigen, wie sie den vielfältigen Bedürfnissen Kirchheimer Unternehmen gerecht wird: unterschiedliche Branchen, Bestandspflege, Ansiedlung neuer Unternehmen, Gewinnung neuer Industriezweige (Industrie 4.0, Internet der Dinge, Schwäbisches Silicon Valley), Attraktivierung der Innenstadt inklusive Vermeidung von Leerstand,...

Antrag 5.3: Wir beantragen, dass die Stadt Kirchheim aktiv den Charakter der Kirchheimer Innenstadt mit gestaltet, indem zukünftige Nutzungsmöglichkeiten ermittelt werden, Leerstände behoben werden ggfs. auch mit Kauf von stadtbildprägenden Gebäuden. Auch in der Innenstadt können Start-Ups gefördert werden bzw. Raum für die Verwaltung/Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Antrag 5.4: Wir beantragen eine Analyse, ob die Kirchheimer Wirtschaftsförderung tatsächlich von einer Stabsstelle alleine bearbeitet werden kann oder ob gegebenenfalls eine Vergrößerung anzustreben ist.

Antrag 5.5: Wir beantragen, dass die Stadt Kirchheim ansässige Firmen bei innovativen Produkten und Ideen unterstützt, wie z.B. Verwendung von Brennstoffzellenfahrzeugen in der Verwaltung,... Die Verwaltung soll aufzeigen, in welchem Maße dabei zusätzliches Budget benötigt wird.

6. Anträge zum Handlungsfeld Mobilität

Antrag 6.1: Erarbeiten eines Konzepts, wie ein Stadtticket für den „Kirchheimer Bedarf“ eingeführt werden kann (Alternativen Einzelfahrschein, 4-Fahrtenticket, Tagesticket,...). Die Stadttickets sollen sowohl für Einzelpersonen, als auch für Familien angeboten werden.

Antrag 6.2: Die Stadt soll mit anderen Kommunen aus der Region kooperieren und ermitteln, ob beim Thema „bedarfsgerechtes Tagesticket“ ein großer Rückhalt für die Gespräche mit dem VVS erzielt werden kann.

Antrag 6.3: Verhandlungen mit VVS über Vergünstigungen beim Erwerb von Einzeltickets bzw 4er- Tickets, da der VVS bei höheren Fahrgastzahlen ebenfalls profitiert. Somit können die Kosten für die Bezuschussung des Stadttickets verringert werden.

Antrag 6.4: Wir beantragen, dass die Stadt die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellt, um die Bestrebungen zur Realisierung einer S-Bahn-Verbindung von Kirchheim über Wendlingen auf die Fildern bis an den Flughafen und dann weiter bis Herrenberg bestmöglich zu unterstützen.

Antrag 6.5: Wir beantragen die Erarbeitung eines Konzepts, wie der Kirchheimer Bahnhof inklusive Busbahnhof und weiterer neuer Elemente als zukünftige „Mobilitätsdrehscheibe“ aussehen soll. Hierfür sind Planungsmittel bereitzustellen.

Antrag 6.6: Wir beantragen, dass die Verwaltung bis September 2019 beim Landesförderprogramm LGVFG für kommunale Rad- und Fußverkehrinfrastruktur 2018-2022 Maßnahmen anmeldet.

7. Anträge zum Handlungsfeld Sport

Antrag 7.1: Wir beantragen eine Analyse mit den Kirchheimer Sportvereinen zur Zukunft der Organisationsstruktur im Sport: welche Neuerungen sind beim Stadtverband für Leibesübungen vorzunehmen, damit dieser auch zukünftig das Sprachrohr der Kirchheimer Sportvereine darstellt und eine reibungsfreie Kommunikation mit der Stadtverwaltung ermöglicht?

Antrag 7.2: Wir beantragen, dass die ehrenamtlichen Vereine, die sich in Kirchheim um Sport und Kultur verdient machen, an der guten wirtschaftlichen Lage partizipieren, indem die Betriebskostenbeteiligung für das Jahr 2019 ausgesetzt wird.

Antrag 7.3: Wir beantragen das Einstellen von Planungsmitteln für ein Hallenbad in Kirchheim im Planungszeitraum ab 2020 und die konkrete Realisierung eines Bades am Standort Freibad im Anschluss.

Antrag 7.4: Wir beantragen, dass die Notwendigkeit der Maßnahmen zum weiteren Betrieb des Dettinger Hallenbades überprüft werden und ob ein Betrieb bis zu dessen Ende auch kostengünstiger ermöglicht werden kann. Insbesondere beantragen wir, dass die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen so umgesetzt werden, dass das Dettinger Hallenbad mit Ende der Freibadsaison wieder genutzt werden kann.

Antrag 7.5: Die Sanierung / Umgestaltung des Skaterplatz soll nach den Fertigkeiten bzw. dem Alter der SkaterInnen angepasst werden. Es sollen Bereiche verschiedener Leistungsniveaus gestaltet werden (Anfängerbereich, mittleres Feld, Könner etc.).

8. Anträge zum Handlungsfeld Bürgerbeteiligung

Antrag 8.1: Wir beantragen, dass die themen-bezogene Bürgerbeteiligung analog zu den Ergebnissen aus Antrag 1.2 (Zusammenarbeitsmodell Gemeinderat, Verwaltung, Zukunftsdialog, Fachforen, Bürgerforen,...) erfolgt und nicht losgelöst von den etablierten Entscheidungsprozessen stattfindet.

Antrag 8.2: Basierend auf den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung beantragen wir die Bereitstellung eines Bürgerhaushalts, um Maßnahmen aus dem Zukunftsdialog, die nicht in die strategische Haushaltssteuerung einzubinden sind, direkt umsetzen zu können. Mögliche Verwalterin des Bürgerhaushalts könnte die Prozess-Steuerungsgruppe des Zukunftsdialogs sein.

Antrag 8.3: Wir beantragen eine Analyse, in welchen Quartieren neue Nachbarschaftsnetzwerke entstehen sollen, um eine personen-bezogene Bürgerbeteiligung zu etablieren. Für die Gründung und Betreuung der Nachbarschaftsnetzwerke sind Mittel einzustellen. Ziel muss es sein, die Nachbarschaftsnetzwerke in 2019 und 2020 zu gründen.

Antrag 8.4: Wir beantragen eine Strategie, wie Räumlichkeiten in den Quartieren zur Verfügung gestellt werden können. Nachbarschaftlichkeit und gemeinsames Engagieren muss mit der Möglichkeit eines Anlaufpunktes verbunden werden – siehe Möglichkeiten bei „wir Rauner“ im Vergleich zu Klosterviertel, Paradiesle,...

Antrag 8.5: Wir beantragen, dass die Stadtverwaltung aufzeigt, wie die Weiterentwicklung von BePart! hin zu einem Jugendbeteiligungsformat für alle Kirchheimer Jugendliche erfolgen soll, ggfs. hin zu einem neuem Jugendrat. Wie werden Schulen, Vereine, andere Organisationen mit eingebunden? Wie sieht die weitere Finanzierung aus? Wer verantwortet die Koordination des Jugendbeteiligungsformats?

Antrag 8.6: Wir beantragen, dass in der nächsten Gemeinderats-Legislaturperiode analog der sachkundigen Einwohner für Umwelt-Themen und Wirtschafts-Themen junge Menschen als beratende Mitglieder zu Jugendthemen in den Gemeinderat bestellt werden (nach § 41a der Gemeindeordnung).

Antrag 8.7: Wir beantragen ein jährliches „Hearing der Jugend in Kirchheim“ im Gemeinderat, an dem Jugendliche in Kirchheim ihr Anliegen direkt dem Gemeinderat eröffnen können. Dies kann durch spontane Ausdrucksformen stattfinden, aber auch durch organisierte Interessen oder vorbereitende Anliegen durch Schulen (GFS, Projekte in Gemeinschaftskunde, Projekttage, SMVen, BePart!, etc.). Ziel soll sein, alle Jugendliche zu erreichen. Hierzu soll ein kleines Budget bereitgestellt werden. Kriterien, Anliegen der Jugendlichen vorzubringen, sollten niederschwellig gehalten werden, wie z.B. Kirchheimer Belange betreffend, demokratisch verankert sein, realistisch umsetzbar, gemeinschaft-fördernd, etc.

Antrag 8.8: Kirchheimer Kinder Karte – wir beantragen noch in diesem Jahr einen Sachstandsbericht zu dem positiv entschiedenen Antrag aus 2018 zur Wiederauflage der Kirchheimer Kinder Karte und die Umsetzung in 2019.

Antrag 8.9: Aufgrund von zurückgehenden Beteiligungen von Vereinen, beantragen wir eine Evaluation des Haft- und Hokafeschds in seiner jetzigen Form, so dass sich die Kirchheimer Vereinslandschaft wieder besser darstellen kann. Wir beantragen die Aussetzung der Stand-Gebühren für Kirchheimer Vereine im Jahr 2019 aufgrund der guten Haushaltslage.

Antrag 8.10: Wir beantragen eine Analyse, ob die Themen Bürgerbeteiligung und nachhaltige Stadtentwicklung tatsächlich von einer Stabsstelle alleine bearbeitet werden kann oder ob gegebenenfalls eine Vergrößerung anzustreben ist.

9. Anträge zum Handlungsfeld Kultur

Antrag 9.1: Wir beantragen, dass in der neuen Museumskonzeption im Kornhaus Raum für einen multifunktionalen Raum ist, der für Veranstaltungen genutzt werden kann.

Antrag 9.2: Wiederholung von 2018 – Wir beantragen die Ausarbeitung eines städtischen Hallenkonzepts, geeignete Räumlichkeiten für Künstlerinnen, Künstler und private Veranstaltungen vorzulegen. Insbesondere ist die Stadthalle mit in die Konzeption einzubeziehen. Dies könnte auch Teil einer Kulturentwicklungsplanung sein.

10. Antrag zur besseren Teilhabe für Menschen mit Behinderung: Inklusion in Kirchheim

Antrag 10: Wiederholung von 2018 – Wir beantragen, Maßnahmen aufzuzeigen, wie Inklusion in Kirchheim noch besser gelingen kann.

11. Antrag für Lärm reduzierende Maßnahmen in Kirchheim

Antrag 11: Wiederholung von 2018 – wir beantragen einen Maßnahmenkatalog gegen den inzwischen permanenten hohen Lärm (ausgehend von der BAB oder der Landesstraße L 1200 in Jesingen) in ganz Kirchheim vorzulegen.

12. Antrag zum Themenfeld Stadtplanung

Antrag 12: Wiederholung von 2018 - Wir beantragen, dass die Verwaltung dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreitet wie ein gesamtstädtisches historisches Stadtbild bei neuen Baumaßnahmen auch über die Grenzen des Alleenrings hinaus aussehen soll (Beispiel Gerberviertel, Linde-Areal,...).

13. Antrag zur Pflege

Antrag 13: Wir beantragen in mindestens einem der Kirchheimer Pflegeheime ein sogenanntes "Notfallzimmer".

Das ist dafür da z.B. wenn ein pflegender Angehöriger ganz plötzlich durch eigene Erkrankung ausfällt. Da alle Heime voll sind, der pflegebedürftige Mensch aber nicht alleine gelassen werden kann und das Krankenhaus ihn nicht aufnimmt, weil Pflegebedürftigkeit keine Krankheit ist, sollte mindestens ein solches Zimmer zur Verfügung stehen.

Finanzierung: Ist das Zimmer belegt, bezahlt entweder die Pflegekasse, die Krankenkasse oder der "Gast" selbst. Ist das Zimmer nicht belegt, bezahlt die Kommune. Die Verwaltung soll Kontakt aufnehmen zu Trägern von Pflegeheimen in Kirchheim Kontakt aufnehmen mit dem Ziel, Notfallzimmer einzurichten.